

Demokratieprojekt Erneuerbare Energien

Windenergie als Beispiel für Regionalisierung und Bürgerbeteiligung

Wien, am 2.12.2016: Die Wertschöpfungskette der österreichischen Energiewirtschaft hat sich in den letzten Jahren immer stärker dezentralisiert und in die Regionen verlagert. Entgegen dem Trend, weiter in Ballungsräume zu pendeln, konnten so auch Zukunftsperspektiven in ländlichen Regionen geschaffen werden. Gleichzeitig ist auch die Teilhabe an der Energieproduktion gestiegen. Durch Bürgerenergieprojekte, Partizipationsprozesse und Nutzungsmöglichkeiten steigen Akzeptanz, Verständnis und Beteiligung der Bürger. „Die Bevölkerung will mehr Windkraft, die Politik muss dies durch eine kleine Ökostromnovelle endlich ermöglichen“, so Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft.

Anstatt in zentralen überdimensionierten Kraftwerken werden erneuerbare Energien in vielen kleinen Einheiten erzeugt. „Neben der Demokratisierung und Regionalisierung hat die Energiewende auch eine Reihe neuer Akteure gebracht“, so Prof. Dr. Bernd Hirschl vom deutschen Institut für ökologische Wirtschaftsforschung in Berlin bei der heutigen Veranstaltungsreihe ‚windrichtungen‘ der IG Windkraft. Die Windenergie würde es ohne Bürgerbeteiligung in Österreich gar nicht geben. „Die Pioniere der Windenergie hätten ohne breite Unterstützung der Bevölkerung die ersten Windräder nicht errichten können. Von der damaligen Energiewirtschaft wurden die ersten Projekte nur belächelt“, so Moidl und setzt fort: „Mittlerweile sind auch die großen Energieversorger in die Windstromproduktion eingestiegen und haben erkannt, wie wichtig auch finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten für die Bevölkerung an den Windprojekten sind.“ Derzeit ist gut ein Drittel der Windkraftleistung in staatlichem Besitz, ein Drittel im Besitz von Bürgerbeteiligungs-Gesellschaften und ein weiteres Drittel in privater Hand.

Akzeptanz, Beteiligung und Wertschöpfung

Mittlerweile ist die Anzahl der Windkraftbeteiligten in Österreich auf über 16.000 Menschen angewachsen. Mit 81% ist die Zustimmung der Bevölkerung zu einem weiteren Windkraftausbau in Meinungsumfragen beständig hoch. Mit Investitionen von 550 Millionen Euro jährlich seit 2012 ist die Windkraft ein starker Motor für die Wirtschaft. „Die Investitionen fließen bei der Windenergie sehr oft abseits der Ballungsräume, gerade in jene Regionen die sonst sehr stark mit dem Thema der Abwanderung konfrontiert sind.

„So sind beispielsweise die W.E.B in Pfaffenschlag oder die Windkraft Simonsfeld in Ernstbrunn einer der größten Arbeitgeber in ihren Regionen“, bemerkt Moidl. Jährlich fließen auch 300 Millionen Euro aus der Stromerzeugung an regionale Betreiber und Stromerzeuger, die diese Mittel wiederum auch in Österreich investieren.

Regionale Entwicklung

„Die Notwendigkeit, zu 100 % auf erneuerbare Energien umzustellen ist eine Aufgabe, die von einem Großteil der Bevölkerung wahrgenommen werden muss“, so Hirschl und ergänzt: „Der Politik ist diese klare Richtungsvorgabe oft noch nicht bewusst. Jüngste Änderungen in den rechtlichen Rahmenbedingungen in Deutschland erschweren es den Bürgergesellschaften, Projekte umzusetzen und bevorzugen große Energieversorger. Dabei waren die Bürgergesellschaften der Garant, dass die ersten großen Schritte der Energiewende geschafft wurden und sind extrem wichtig für den langen Weg der Dekarbonisierung aller Wirtschaftsbereiche.“ „Die österreichische Politik muss bei künftigen Entscheidungen aufpassen, dass diese neuen Teilnehmer der Energiebranche erhalten bleiben“, so Moidl.

Konsequenz gefordert

„Die Energiewende braucht klare Rahmenbedingungen auch in Österreich. Europa muss sich entscheiden, ob es weiterhin für die Erneuerbaren spricht, während das Gegenteil geschieht und Kohle- und Atomkraftwerke durch die rechtlichen Rahmenbedingungen bevorzugt werden, oder ob es alle Anstrengungen in Richtung Energiewende bündelt. Mit dem Klimaabkommen wäre die Richtungsentscheidung schon gefallen. Jetzt müsste sie nur mehr umgesetzt werden“, so Hirschl abschließend.